

Tübingen, den 30.08.2022

## **Interfraktioneller Antrag**

**Es wird beantragt wie folgt zu beschließen:**

### **Verpackungssteuer (Verpackungssteuersatzung)** *vom (Datum wird von 10 ausgefüllt)*

Aufgrund von § 4 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in Verbindung mit §§ 2 und 9 Abs. 4 des Kommunalabgabengesetz für Baden-Württemberg (KAG), jeweils in der derzeit gültigen Fassung, hat der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen am *(Datum wird von 10 ausgefüllt)* folgende Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Verpackungssteuer vom 30. Januar 2020, zuletzt geändert durch Satzung vom 27. Juli 2020, beschlossen:

#### **Artikel 1 Satzungsänderung**

§ 5 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„Die Steuerschuld entsteht im Zeitpunkt des Verkaufs von Speisen und Getränken nach § 1, erstmals ab dem Kalenderjahr 2024. Eine zuvor nach dieser Satzung entstandene Steuer wird zunächst nicht festgesetzt.“

#### **Artikel 2** **Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Tübingen, den *(Datum wird von 10 ausgefüllt)*

#### **Begründung:**

Nachdem der VGH Mannheim die Tübinger Verpackungssteuer in ihrer derzeitigen Fassung für rechtswidrig erklärt hat und nach entsprechendem Gemeinderatsbeschluss Revision eingelegt worden ist, ist darüber zu entscheiden, wie während der Dauer des Gerichtsverfahrens bezüglich der Erhebung weiter zu verfahren ist.

Nachdem der VGH die Rechtswidrigkeit mit zumindest zwei sehr grundsätzlichen Erwägungen begründet hat und drei weitere noch klärungsbedürftige Rechtsfragen bereits gestellt hat, sind die Erfolgsaussichten des Revisionsverfahrens eher gering.

Die Revision bezweckt daher zuzunächst die höchstrichterliche Klärung der grundsätzlichen Fragen. Dies nicht zuletzt deshalb, damit der Gesetzgeber weiß, ob und wie er das Bundesabfallrecht ändern muss, um den Kommunen den Erlass von Verpackungssteuersatzungen zu ermöglichen. Der Präsident des Städtetages hat ausdrücklich eine bundesgesetzliche Klärung erbeten, weil nicht nur Tübingen, sondern viele Kommunen mit dem Littering ein großes Problem haben.

Die Steuer sollte während der Dauer des Verfahrens weder von den Betrieben weiter erhoben werden müssen (dies bezweckt der Beschlussantrag der Verwaltung) noch vorläufig von der Stadt Tübingen

festgesetzt werden. Warum? Weil für den überwiegend wahrscheinlichen Fall, dass das Bundesverwaltungsgericht die Tübinger Verpackungssteuer in ihrer derzeitigen Fassung für rechtswidrig erklärt, entweder für die Betriebe oder für die Stadtverwaltung kostenträchtige und personalintensive steuerrechtliche Rückabwicklungen erforderlich würden. Müssten die Betriebe die Steuer weiter erheben, verblieben die Gewinne am Ende bei diesen. Dies würde die Betriebe, die gar keine Mehrwegalternative anbieten, besonders begünstigen.

Dass damit für die Dauer des Gerichtsverfahrens die Lenkungswirkung entfällt und ggf. das Müllaufkommen, vor allem in der Innenstadt, wieder etwas ansteigt, ist bedauerlich, aber hinnehmbar. Die Lenkungswirkung kann jedoch für eine Übergangszeit durch Positivanreize für die Konsument\*innen und intensive Beratung der steuerpflichtigen Betriebe kompensiert werden.

Dr. Gundula Schäfer-Vogel für die SPD-Fraktion

Ernst Gumrich für die Tübinger Liste

Dietmar Schöning für die FDP-Fraktion